

# Pulsnitzer Tageblatt

Bernharder 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Vierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beitzelle (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Betrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt mit ältester Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhessdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 95

Montag, den 25. April 1927

79. Jahrgang

## Das Wichtigste

Im Reichsinnenministerium haben die Vorbereitungen über das Reichs-  
schulgesetz begonnen.  
Der russische Botschafter in Berlin erklärte, daß Rußland an der näch-  
sten Wöhlerversammlung nicht teilnehmen werde.  
Der amerikanische Botschafter in London bekräftigt die Nachricht von der  
Entente England-Amerika.  
In Litauen erwartet man eine Diktatur Wolbomars.  
Von den mexikanischen Eisenbahnbanditen konnten drei verhaftet werden.  
13 Banditen wurden im Feuergefecht erschossen.  
Nach einer Neuermeldung aus Tokio ist ein Fischdampfer mit einem  
Eisberg auf der Höhe des südlichen Teiles der Halbinsel Sachalin  
zusammengestoßen. 50 Personen sind dabei ertrunken. Ein anderer  
Dampfer, der sich in schwerem Sturm auf hoher See befindet,  
bittet um Hilfe.

## Berliner und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Abschied des Herrn Pf. Ehrler.)  
Im gestrigen Hauptgottesdienst nahm Herr Pfarrer Ehrler  
Abschied von seiner Gemeinde, mit der er fünf Jahre eng  
verbunden war. Seine Abschiedspredigt war aufgebaut auf  
1. Kor. 15: „Ich erinnere Euch an das Evangelium von  
Jesus Christus.“ In herzlichen Worten nahm Herr Pfarrer  
Ehrler Abschied von seinen Amtsbrüdern, vom Kirchenvor-  
stand und von allen denen, denen er Seelsorger gewesen war.  
Die große Gemeinde, die das Gotteshaus bald bis auf den  
letzten Platz füllte, lauschte andächtig der Abschiedspredigt  
des scheidenden Geistlichen, welcher einen Ruf nach Ober-  
böhmisches bei Freiberg erhalten hat. Den Gottesdienst ver-  
schönerten zwei klangvolle Chöre: „Das ist der Tag des  
Herrn“ und „Heilig, heilig ist der Herr“, gefungen von  
zirka 30 Herren der Dresdner Liedertafel unter Leitung des  
Herrn Prof. Preßlich. — Möge die Arbeit des scheidenden  
Herrn Pfarrer Ehrler, den wir ungern von uns gehen sehen,  
in seiner neuen Gemeinde eine geeignete sein!

**Pulsnitz.** (Die Einwohnerzahl) der Stadt  
Pulsnitz betrug nach dem Fortschreibungs-  
Ergebnis vom  
1. April 1927 4489.

**Pulsnitz.** (Vortragsreise.) Von dem Gau  
Nordmark der Sächs. Thür. Landmannschaften, der die  
schleswig-holsteinischen Städte Flensburg, Tjeboe, Kiel, Neu-  
münster, Rendsburg und Schleswig, sowie ferner die Orte  
Hamburg, Altona nebst Umgebung usw. umfaßt, ist unser  
Mitbürger und Volksdichter Hermann Weise, sowie seine  
Partnerin Frau Engler zu einer neuntägigen Vortragsreise  
für Anfang Mai eingeladen worden. Es ist unserm Hermann  
Weise zu gönnen, daß ihm die Freude zuteil wird, außerhalb  
seines Heimatortes mehr gewürdigt zu werden, als dies wohl  
aber auch den sächsischen Landsleuten in Schleswig-Holstein  
nachfühlen, welche Freude es bei ihnen auslösen wird, heim-  
atliche Laute von einem sächsischen Volksdichter und einer  
echten Volksfängerin zu hören. Durch Weises Dichtungen  
weht echte Heimatluft, und alles, was er mit dem Herzen  
niedergeschrieben hat, weht er in warmherziger, gemütvoller  
Weise derartig wiederzugeben, daß er die Sinne seiner Zu-  
hörer völlig gefangen nimmt. Und bringt er mit seiner wohl-  
tönenden, warmen Stimme, vereint mit der seiner Partnerin,  
seine zahlreichen, in die Erzählungen eingestreuten Lieder  
und Lieder in westlausitzer Mundart zu Gehör, so dürfen  
beide des Beifalls ihrer Zuhörer nur allzugewiß sein. Weises  
Kunst darf nicht mit höherem Maßstabe gemessen werden;  
es ist eben echte Volkskunst. Was das Volk denkt, fühlt  
und spricht, das hat er ihm abgelauscht und gibt dies dem  
Volk in poetischer Form wieder zurück — es klingt und  
singt demjenigen zu, der auf warme Herzensteine eingestellt  
ist und den gleich ihm wahre Heimatliebe befeuert. Und so  
wünschen wir dem Ehrenmitglied der Pulsnitz-Großhess-  
dorfer Landmannschaft zu Dresden, unserem Heimatdichter  
Weise und seiner Partnerin, der Frau Frieda Engler, diesen  
beiden Pionieren des Heimatgedankens, eine recht genutz-  
te und erfolgreiche Reise und rufen beiden ein recht herzliches  
„Glück auf!“ zu.  
Eugen Fleischer.

(Die Verwandte vom Lande.) Das Kri-  
minalamt Dresden teilt mit: Obwohl vor kurzer Zeit durch  
die Presse unter den Überschriften: „Die Verwandte vom  
Land“ und „Guten Tag, Tante“ Warnungen vor einer  
unbekannten Betrügerin ergangen sind, laufen immer noch

## Reichsminister Gohle über Handelspolitik

Erhöhung des Briefportos von 10 auf 15 Pfg. — Reichsminister Dr. Koch über die deutsch-nationale Politik  
Beginn der Anarchie in Hankau — Die Revision des Dawesplanes

**Bielefeld.** Auf der Wirtschaftstagung der Deutsch-natio-  
nalen Volkspartei in Bielefeld führte der Reichsminister für  
Ernährung und Landwirtschaft, Gohle, am 24. April  
zu den Fragen der Handelspolitik und der Politik der vater-  
ländischen Arbeit u. a. folgendes aus:

Er sei durchaus der Meinung, daß kein vernünftiger  
Weg unversucht bleiben dürfe, der für die deutsche In-  
dustrie zu einer Steigerung des Exportes füh-  
ren könne. Unser Grundgedanke müsse dabei aber die Er-  
kenntnis sein, daß alle Machtentfaltung und auch aller wirt-  
schaftlicher Erfolg nach außen bedingt sei durch innere  
Gesundheit und fest in den heimischen Möglichkeiten  
verankerte Kraft. Sicherer Boden habe ein Volk erst unter  
seinen Füßen, wenn es sich im wesentlichen selbst erhal-  
ten und selbst ernähren könne. Alle größeren Staa-  
ten der Welt streben heute, durch den Weltkrieg belehrt, nach  
nationaler Autarkie. Die deutsche Landwirtschaft sei technisch  
in der Lage und bereit, unserem Volke diese Sicherung zu  
geben, an der im letzten Grunde die deutsche Industrie und  
die industrielle Arbeiterschaft ein Interesse haben.

**Schub der Binnenwirtschaft, nicht zuletzt um  
unserer Außenwirtschaft willen — das sei der große Ge-  
danke, der sich in unserem Volke durchsetzen müsse.**

Das stärkste Werkzeug, dem inneren Markt zu dienen  
und die Produktion zu beherrschen, sei die Handelspo-  
litik. Es dürfe ihre Aufgabe nicht sein, die Auslands-  
märkte schlechthin zu öffnen; vielleicht sogar auf Kosten eines  
großen Berufsstandes, dessen Entwicklung für die Gesamt-  
wirtschaft von fundamentaler Bedeutung sei. Ein verständ-  
nisvolles Handinhandarbeiten zwischen Landwirtschaft und  
Industrie sei heute mehr denn je erforderlich. Die Industrie  
müsse die Möglichkeit einer Steigerung des Expor-  
tes in Vergleich setzen zu den Zukunftsmög-  
lichkeiten, die ihr eine deutsche Landwirtschaft  
zu bieten vermöge, die, von dem Druck der Nahrungsmittel-  
einfuhr entlastet, alle ihre schöpferischen Kräfte entfalten  
könne. Ausgeglichenheit unserer Wirtschaft im eigen-  
nen Lande müsse das Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein.

Diese wirtschaftspolitischen Grundgedanken gewinnen er-  
höhte Bedeutung im Hinblick auf den wirtschaftlich und  
national gefährdeten deutschen Osten.

Dieser Osten mit seinen Siedlungsnotwendig-  
keiten könne nur lebensfähig sein, wenn die Grundlagen,  
die den ostdeutschen Bauern und Siedlern für ihre wirt-  
schaftliche Betätigung von der Natur zugewiesen seien, der  
Anbau von Roggen und Kartoffeln, sowie die  
Schweinemast, ihnen so viel Rentabilität ließen, daß sie  
sich auf ihrer Scholle zu halten und den weiteren Bestand  
ihrer Familie zu sichern vermögen. Das gelte in besonde-  
rem Maße für das auf schwerem Boden kämpfende Ost-  
preußen. Diese, um ihr Deutschtum und um ihren Be-  
stand schwer ringende Provinz müsse lebensfähig erhalten  
bleiben und dürfe unter keinen Umständen einem handels-  
politischen Bedürfnis geopfert werden.

### Erhöhung des Briefportos von 10 auf 15 Pfennig geplant.

Berlin. Das Reichspostministerium bereitet eine Vor-  
lage an den Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost vor,  
wonach die Briefbeförderungsgebühr von 10  
auf 15 Pfennig und dementsprechend die übrigen Post-  
gebühren erhöht werden sollen.

Der Antrag wird damit begründet, daß der im Jahre  
1868 eingeführte 10-Pfennig-Tarif bei dem heutigen Geld-  
wert auch nicht mehr annähernd imstande sei, die stetig stei-  
genden Selbstkosten der Post zu decken, zumal die insolge-  
dessen seit einiger Zeit gespannte Finanzlage der deutschen  
Reichspost nach Lage der allgemeinen Wirtschaft leider für  
absehbare Zeit eine wesentliche Besserung nicht erwarten lasse.  
Es sei daher nicht mehr zu umgehen, daß die Post nunmehr  
die längst gebotene Angleichung ihres Tarifes an die allge-  
meine Preislage nachhole.

### Reichsminister Dr. Koch über die deutsch- nationale Politik

Essen, 25. April. Sonntag nachmittag fand im Krupp-Saal  
des städtischen Saalbaus in Essen eine Mitgliederversammlung des

Landesverbandes Düsseldorf der Deutsch-nationalen Volkspartei statt,  
die der Landesgeschäftsführer Thienes eröffnete, worauf der Reichstags-  
abgeordnete Ellenbeck das Wort zu seinem Vortrage über „Die politische  
Lage und die Aufgaben der Deutsch-nationalen Volkspartei als Regie-  
rungspartei“ ergriff. Er wies eingangs auf die Reorganisation der  
nationalen Bewegung und auf deren neuen Einfluß auf die Regierung  
hin, und bezeichnete als zweite Etappe der Aufgaben die Erlangung  
des gleichen Einflusses in der preussischen Regierung. Trotz aller ver-  
änderten Maßnahmen der deutsch-nationalen Politik habe sich der Wille  
zum Aufbau des Landes in national-völkischem Sinne erhalten. Der  
Redner bezeichnete zum Schluß das Problem der Trennung der Befug-  
nisse von Reich, Ländern und Gemeinden als eine Aufgabe, die un-  
bedingt in der nächsten Zeit eine Lösung erfahren müsse.

Darauf nahm Reichsvertreterminister Dr. Koch das Wort zu  
seinem Vortrag über das gleiche Thema. Eingangs erklärte er, der  
Vorzug, die Deutsch-nationalen seien in ihrer Politik umgefallen, sei  
nichtig. Gegen die Verdrehungsversuche der Linkspresse müsse festge-  
setzt werden, daß die Deutsch-nationale Volkspartei auch heute noch keine  
Erfüllungs- und Verfüngungspolitik im Sinne der Demokratie treibe.  
Man habe lediglich mit den Tatsachen der abgeschlossenen Vorkonferen-  
zen rechnen müssen. Zur Idee der Wöhlerversammlung und des Wöhl-  
friedens auf pazifistischer Grundlage führte der Redner aus, es handle  
sich hier um eine Phantastie, da im Auslande der Wille zur Abrüstung  
keineswegs zu erkennen sei. Zur inneren Politik erklärte der Minister,  
daß eine sachliche Politik vergetelt werde durch die vergiftete Politik  
der Demokratie. Die Deutsch-nationale Volkspartei werde in der Kom-  
fortfrage den einmal eingenommenen Standpunkt keineswegs ver-  
lassen. Der Redner kam dann auf die Aufgaben der Deutsch-nationalen  
Volkspartei zu sprechen und stellte in den Vordergrund die Notwendig-  
keit der Anlage großer durchgehender Verkehrsstraßen. Hier müsse aber  
erst die Frage geregelt werden, wer diese Straßen zu bauen übernehmen  
könne. Ueberhaupt sei im Hinblick auf die Förderung des Verkehrs  
eine strenge Trennung der Befugnisse zwischen Reich, Ländern und  
Gemeinden notwendig. Zum Schluß seiner Ausführungen kam Reichs-  
minister Koch dann auf die Angelegenheit der Kruppischen Pensionskasse  
zu sprechen: Das Reichsarbeitsministerium sei gewillt, alles Mögliche  
für die Aufrechterhaltung der Pensionen zu tun. Weiter sei aber bei  
Preußen kein Entgegenkommen zu finden. Wennfalls gehe es weiter  
an, daß Preußen verjage, die Pensionen völlig auf das Reich abzuschieben

### Beginn der Anarchie in Hankau?

London, 24. April. Wie der Oberber aus Schanghai be-  
richtet, verschlimmern sich die Zustände in Hankau von Tag zu Tag.  
Die Behörden befürchten, daß der Wöhl sich der Herrschaft bemächtigen  
könnte. Die den Ausländischen Firmen gehörenden Waren werden auf  
Aktion u. von chinesischen Kulis verkauft, während andere Waren ver-  
suchen, die Waren an sich zu reißen. In Wantung ist die Lage wieder  
ruhig, nachdem General Tschangkai-schai eine Reihe von Kommunisten  
hat hingerichtet lassen.

### Die Revision des Dawesplanes — Beginnende Erkenntnis in England

London, 24. April. Allmählich beginnt sich auch die eng-  
lische Öffentlichkeit für das Problem einer Abänderung des Da-  
wesplanes stärker zu interessieren. Die Meinungen darüber, ob es  
ratsam erscheine, die Frage schon jetzt aufzurollen, gehen aber noch  
sehr auseinander. Die bekannte englische Wirtschaftszeitschrift „Eco-  
nomist“ kam in einem Artikel über Dawesplan und Schuldenfrage  
zu dem Ergebnis, daß es im Augenblick noch verfrüht wäre, die  
ganze Frage aufzurollen. Dem stehen die Ausführungen des eng-  
lischen Publizisten Garwin im „Observer“ gegenüber, der im Zu-  
sammenhang mit der gegenwärtig internationalen Lage unter beson-  
derer Berücksichtigung Chinas und der englisch-amerikanischen  
Beziehungen alle die noch ungeklärten Probleme aufzählt, die an  
die Durchführung des Dawesplanes in seiner heutigen Form ge-  
bunden seien. Die Ausführungen in dieser Frage lassen erkennen,  
daß Garwin selbst der Durchführung des Planes zum mindesten  
skeptisch gegenübersteht und auf der anderen Seite gleichzeitig unter-  
streicht, daß es in Deutschland keine einzige Partei gebe, die auf  
längere Zeit die Lasten des Dawesplanes auf sich nehmen  
wolle. Die Initiative für eine Revision des Planes müsse natür-  
gemäß von deutscher Seite kommen. Bisher habe man noch kein rich-  
tiges Urteil fällen können, da erst in zwei Jahren der Höchstbetrag der  
Jahreszahlungen erreicht sein werde. Seine Maximalsumme, keine  
zeitliche Begrenzung der Zahlungen sei niedergelegt. Eine erheb-  
liche Reduzierung der Gesamtschuld und eine Verkürzung des  
Termins auf eine sehr begrenzte Anzahl von Jahren werde die  
allgemeine Forderung aller deutschen Parteien werden. Die Be-  
wegung in Deutschland habe bereits ihren Anfang genommen. Sie  
sei sehr stark und sie werde nicht wieder aufhören. Garwin weist  
in diesem Zusammenhang auf die Gefahr hin, die entstehen könnte,  
wenn in den Beziehungen zwischen England und den Vereinigten  
Staaten ernste Meinungsverschiedenheiten entständen. Von diesem  
Standpunkt aus sei beizupflichten auch die kürzliche Erklärung des  
amerikanischen Schatzsekretärs Mellon zu beurteilen, der betont  
habe, daß Großbritanniens Gesamtanleihe von Deutschland und  
den Alliierten die englischen Jahreszahlungen an die Vereinigten  
Staaten mehr als deckten.

